

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Tarifinfo 1/2002 – November –

Jetzt reicht's! Ver.di in die Offensive gegen Lohnraub

Die Kommunen sind pleite. Die gesamte Staatsverschuldung ist auf einem Rekordniveau von über 1,2 Billionen Euro. Deshalb sollen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter bluten. Die Wahrheit ist: die leeren Staatskassen, unsere Reallohnverluste und die zunehmende Massenarmut sind die Kehrseite des explodierenden Reichtums einer kleinen Minderheit .

Von 1991 bis 2000 stieg das Bruttoinlandsprodukt oder die jährliche Wirtschaftsleistung real um 15%. Bei gleicher Verteilung des Reichtums müsste jeder Einwohner im Jahr 2000 real 15% mehr in der Tasche gehabt haben als 1991. Die Realität ist, dass die Reallöhne in diesem Zeitraum gesunken sind, während sich die Nettogewinne fast verdoppelt haben (siehe Graphik des ISW Nr. 32, S. 11).

Das private Reinvermögen (ohne Betriebsvermögen) betrug nach Angaben der Bundesbank 1999 mindestens 7 Billionen Euro. Das ergibt ein rechnerisches Durchschnittsvermögen von mehr als 200.000 Euro für jeden privaten Haushalt. Im Jahr 2001 stieg das Bruttoinlandsprodukt auf über 2.000 Milliarden Euro. Das ist eine durchschnittliche Wirtschaftsleistung von mehr als 50.000 Euro pro erwerbstätigen Voll- und Teilzeitbeschäftigten im Jahr oder mehr als 4.000 Euro im Monat. Aber beim Nettolohn bleibt immer weniger von der steigenden Leistung hängen.

Durch Lohnraub und staatliche Umverteilung hat es in den letzten Jahrzehnten eine historisch noch nie erreichte Kluft zwischen Reichen und Superreichen auf der einen und der Masse der Bevölkerung auf der anderen Seite gegeben. Allein die 100 Reichsten haben ein Vermögen von 250 Milliarden Euro. Das ist mehr als der gesamte Bundeshaushalt.

Die Staatskassen wurden und werden weiter benutzt, um diese Umverteilung tatkräftig zu unterstützen. Wir bezahlen immer mehr Steuern und die Reichen fast keine mehr. Kohl hat die Vermögenssteuer abgeschafft. Schröder hat sie nicht wieder eingeführt. Die Körperschaftssteuer wurde von einer Steuerquelle zu einer Unternehmersubvention. Im Jahr 2001 bekamen die Konzerne trotz ihrer Rekordgewinne 426 Millionen Euro zurückerstattet. Und allein in diesem Jahr zahlten die Finanzämter bis August den Unternehmern 3 Milliarden Euro Körperschaftssteuer zurück.

Weiter auf Seite 2

Unsere Forderungen zur Tarifrunde Beschlissen auf dem 12. bundesweiten Treffen im Mai 2002:

- Erhöhung der Löhne, Gehälter und Bezüge um ein Festgeld von 250 €
- Arbeitszeitverkürzung: 30 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Verlängerung der Arbeitszeit
- 100 % Weihnachtsgeld
- Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen in Ost und West, Abschaffung aller Ost-Tarife und Schaffung einer Tarifeinheit (BAT und BMT-G) für das gesamte Bundesgebiet
- 12 Monate Laufzeit, gleiche Laufzeit in Ost und West
- Einführung eines tariflichen Vorruhestandes ab 58 Jahren auf freiwilliger Basis der Beschäftigten bei voller Rente ohne Lohn- und Gehaltskürzungen
- Ablehnung des 100 Punkte-Katalogs, keine Verschlechterungen im Tarifrecht



Beispiel München: BMW meldet für 2001 einen Gewinn von 1,1 Milliarden Euro und das „mit Abstand erfolgreichste Jahr in der Unternehmensgeschichte“. Die Stadt München ist pleite. Der Staat nimmt inzwischen über die Tabaksteuer mehr ein als durch alle Unternehmenssteuern zusammen. Obendrein verdienen die Banken und Vermögensbesitzer an den Staatsschulden. Denn sie sind es, die den Großteil der mehr als 70 Milliarden Euro Zinsen im Jahr auf die Kredite des Staates kassieren.

Kassen der Kommunen geplündert

„Das Gewerbesteuer aufkommen verringerte sich 2001 um 12%, das sind ca. 3,2 Milliarden Euro weniger als im Jahr 2000, in dem das Aufkommen bereits stagnierte. Das reißt ein Riesenschlupfloch in die Gemeindekassen. Zumal die Kommunen wegen der Steuerreform auch Einnahmeausfälle an der Einkommen- und Umsatzsteuer erlitten. Der absolute Hammer aber ist das: um seine großartige Steuerreform gegenfinanzieren zu können, hat Eichel trotz der maroden Kommunalfinanzen die Gewerbesteuerumlage kräftig erhöht: bis 2004 steigt sie zugunsten von Bund und Ländern von 20 auf 30%. Man kann es auch so formulieren: damit Reiche, Spitzenverdiener und Konzerne weniger Steuern zu zahlen haben, müssen die Gemeindebürger eine Verschlechterung der kommunalen Dienstleistungen und Kürzungen dringend nötiger Sachinvestitionen der Gemeinden hinnehmen“ isw-Wirtschaftsinfo 33, März 2002

Wirtschaftskrise

Die Wirtschaftskrise reißt zusätzliche Löcher in die Staatskassen. Jeder Prozentpunkt weniger Wachstum bedeutet 300.000 Arbeitslose mehr, Mehrausgaben von ca. 7 Milliarden bei den Arbeitsämtern, 8 bis 10 Milliarden weniger Steuereinnahmen und 6 Milliarden Mindereinnahmen bei den Sozialversicherungen. Verantwortlich für die Rezession sind einzig und allein die Unternehmer und ihr Profitsystem. Rezession bedeutet Investitionsstreich der Unternehmer. Die Gewinne, die sie aus der Arbeitskraft gezogen haben, werden nicht mehr zurückgeführt. Schlimmer noch: bestehende Produktionskapazitäten werden vernichtet. Fabriken stehen leer, Belegschaften werden entlassen. Bauarbeiter sind arbeitslos und gleichzeitig fehlen Wohnungen. In den Infrastrukturbereichen Bildung, Verkehr, Umweltschutz im Gesundheits- und Sozialbereich gibt es enormen Bedarf, der nicht befriedigt wird. Würden die 4 Millionen Arbeitslosen beschäftigt, würde das Bruttoinlandsprodukt um mehr als 200 Milliarden Euro im Jahr steigen. Das wäre ein Wirtschaftswachstum von 10%. Damit könnte der gesellschaftliche Reichtum enorm erhöht werden. Die Rezession ist für uns kein Argument für Lohnverzicht, sondern ein Argument gegen das kapitalistische System, das sie hervorbringt. Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das sich nicht an der Profitproduktion orientiert, sondern an den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt. Der Kampf um mehr Lohn im öffentlichen Dienst und der Widerstand gegen Massenentlassungen in der Privatwirtschaft muss zur gemeinsamen Gegenwehr der arbeitenden Bevölkerung gegen Unternehmer und Regierung werden.

Geld für Waffen und Kriege statt für Löhne?

Die Bundesregierung verschwendet für die Beschaffung des Kampfflugzeugs „Eurofighter 2000“ 23 Milliarden Mark.

Kurz vor der Bundestagswahl wurden nochmal 4,6 Milliarden Mark Rüstungsausgaben beschlossen für die Beschaffung des neuen Panzers „Panther“, für das Raketenprojekt „Meteor“ und die Rakete „IRIS-T“.

Weiter hat die Schröder-Regierung den Bau von 73 Militär-Transportflugzeugen A400M vor. Kostenvoranschlag: 10 Milliarden Euro kosten.

Die Militäreinsätze der Bundeswehr in Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Afghanistan, Kuwait (ABC-Spürpanzer und anderes Gerät) und der Marine am Horn von Afrika werden für dieses Jahr mit mindestens 2,3 Milliarden veranschlagt. Sie sind im 25 Milliarden Euro hohen „Verteidigungs“-Haushalt noch gar nicht enthalten.

Politiker sahen ab

Die Politiker aller etablierten Parteien einschließlich der PDS reden davon, dass wir den Gürtel noch enger schnallen müssten. Sich selber nehmen sie dabei aber aus. Die Verhandlungsführer in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes, Innenminister Otto Schily, der bayrische Finanzminister Kurt Falthäuser und der Bochumer Oberbürgermeister Ernst Otto Stüber verdienen ohne ihre Nebeneinkünfte mehr als 11.000 Euro im Monat. Die Volksvertreter im Bundestag und in den Länderparlamenten führen keine Tarifverhandlungen mit uns SteuerzahlerInnen. Wenn es um ihre Diäten geht spielen die angeblichen leeren Staatskassen keine Rolle. Sie haben sich im voraus für die Jahre 2001 bis 2003 die Diäten dreimal um je ca. 125 Euro erhöht. Gleichzeitig steigt ihre steuerfreie Kostenpauschale. Von ihren 7000 Euro Diäten im Monat und einer steuerfreien Kostenpauschale von mehr als 3.000 Euro können sie ein lockeres Leben führen. Dienstreisen mit dem Flugzeug und ein Büro samt MitarbeiterIn kosten weitere Steuergelder. Obendrauf können sie umsonst mit der Bahn fahren. Und uns wollen sie erzählen, dass wir trotz immer härterer Arbeit mit immer weniger Geld über die Runden kommen sollen.

Die Reichen sollen zahlen

Wenn Eichel, die Finanzminister in den Ländern und die Kämmerer in den Kommunen die Staatsschulden abbauen wollen, dann sollen sie bei ihren eigenen Privilegien damit anfangen und das Geld bei denen holen, die es haben:

- 1% Erhöhung der Löhne, Gehälter und Bezüge der 4,5 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten kosten den Staat angeblich 1 Milliarde Euro im Jahr
- Durch die Einführung einer 1%igen Vermögenssteuer auf Privatvermögen von über 500.000 Euro kämen nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 16 Milliarden in die öffentlichen Kassen. Allein dadurch wäre also eine 16%ige Lohnerhöhung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst finanzierbar.
- Die Steuerschätzung vom November 2002 geht davon aus, dass Steuermindereinnahmen in den Jahren 2002 und 2003 ein neues Loch von mehr als 30 Milliarden Euro in die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden schlägt. Durch die Wiederanhebung von Körperschafts- und Gewerbesteuer und die Reduzierung der Zinsen an die Banken könnte dieses Loch locker gestopft werden.
- Die Rückgängigmachung der Absenkung des Spitzensteuersatzes würde jedes Jahr 2,5 Milliarden Euro mehr in die Staatskassen bringen.



„Der Staat bereichert die Besserverdienenden durch Steuerverzicht und nimmt dafür eine wachsende Finanzierungslücke in Kauf. In der zweiten Runde besorgt er sich Kredite bei den Wohlhabenden. Als Zugabe erhalten diese noch die Zinszahlungen. Die Zeche zahlen die Lohnsteuerzahler und die Verbraucher.“
 Prof. Dieter Eißel, Reichtumsforscher aus Gießen

Wofür kämpfen wir in dieser Tarifrunde?

Das lassen wir uns nicht von den Arbeitgebern bieten:

Nullrunde, Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte auf 42 Stunden, Absenkung der Beamtenbezüge um bis zu 10%, Abwälzung des Berliner Bankenskandals auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Berlins Austritt aus der Tarifgemeinschaft des öffentlichen Dienstes, Androhung von betriebsbedingten Kündigungen, Ausstieg aus dem BAT und Absenkung der Löhne für die Krankenhausbeschäftigten um 10 bis 30%. Dieser Horrorkatalog muss abgewehrt werden!

Wir müssen endlich raus aus der Defensive und gleichzeitig für eine reale Lohnerhöhung kämpfen. Das ist auch

der beste Beitrag der Gewerkschaften zur Sanierung der Sozialversicherungskassen. Eine 6% Erhöhung aller Löhne und Gehälter würde z.B. im Jahr 2002 mehr als 7,5 Milliarden Euro in die Kassen der gesetzlichen Krankenkassen spülen. Damit wäre auf einen Schlag das 2-Milliarden-Defizit der gesetzlichen Krankenkassen beseitigt und 5,5 Milliarden übrig für die Kliniken und für die Rückgängigmachung von Leistungseinschränkungen und Zuzahlungen. Das gleiche gilt für die Renten- und Arbeitslosenversicherung. Niedrige Tarifabschlüsse reißen dagegen zusätzliche Löcher in die Sozialkassen. Und dann wird uns regelmäßig die nächste Rechnung präsentiert: höhere Sozialversicherungsbeiträge, Leistungskürzungen und Arbeitsplatzvernichtung in den Krankenhäusern.

Keine Wiederholung der Tarifrunde 2000!

Der letzte Tarifabschluss 2000 im öffentlichen Dienst war schlichtweg ein Desaster. 76,2% der Mitglieder stimmten für Streik und gegen den Schlichterspruch. Die ÖTV-Führung sabotierte den Streik. Sie verhandelte nach und präsentierte wenige Tage nach dem Streik-Votum ein Ergebnis, das unter dem Strich noch schlechter war als der Schlichterspruch (die 0,2% Verbesserung gegenüber dem Schlichterspruch wurde durch Verschieben der Erhöhungszeitpunkte sogar überkompensiert). Nach Aussage des damaligen Vorsitzenden des ÖTV-Bezirks Bayern, Michael Wendl, haben die Arbeitgeber in den 3 Jahren Laufzeit 3 Milliarden gegenüber dem Schlichterspruch eingespart. Der Unmut an der ÖTV-Basis war zurecht groß. An der Urabstimmung über das neue und als verbessertes Ergebnis verkauften Abschlusses beteiligten sich weniger als 50% der Mitglieder. Die 60% Zustimmung bedeuten deshalb, dass nur 25% der abstimmungsberechtigten ÖTV-Mitglieder dem Ergebnis zugestimmt haben.

Tarifabschluss 2000 brachte große Reallohnverluste

Die Löhne stiegen nach einer Einmalzahlung von 400 Mark für die Monate April bis Juli ab 1.8. 2000 um 2% (Inflationsrate 2000 war 1,9%) und ab 1.9.2001 um 2,4% (Inflationsrate 2001 war 2,5%). Das heißt, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst für die Preissteigerung im Frühjahr und Sommer gar keinen Ausgleich erhielten. Die Erhöhung ab September 2001 lag noch unter der Inflationsrate. Wir erinnern daran, dass die ArbeiterInnenkonferenz der ÖTV einen Monat nach diesem Abschluss bereits zurecht einen Nachschlag und dessen Durchsetzung per Kampfmaßnahmen beschlossen hat. Dieser Beschluss wurde vom ÖTV- und ver.di-Vorstand völlig ignoriert.

Schluss mit Reallohnabbau!

Die Reallohnverluste der letzten Jahre müssen endlich ausgeglichen werden. Der Euro ist ein Teuro. Aber seit seiner Einführung im Januar gab es für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst keinen Cent Ausgleich. Die rot-grüne Regierung hat nach ihrer Wiederwahl deutlich gemacht, dass sie mit der Umverteilungspolitik von unten nach oben weitermacht. Uns droht bereits ab Januar 2003 eine Erhöhung der Steuern auf Erdgas, steigende Rentenbeiträge und die nächste Stufe der sogenannten Ökosteuer. Die Tarifrunde muss das deutliche Signal setzen, dass die Gewerkschaften nicht länger bereit sind die Umverteilungspolitik zugunsten der Reichen und Superreichen geschweige denn die Abwälzung der Rezessionskosten auf die arbeitenden Bevölkerung zu unterstützen.

Realistisch ist, was wir uns durch Streik erkämpfen

In den ver.di-Bezirken wurden Forderungen von 6,5% erhoben. Oftmals kombiniert mit Forderungen nach Festbeträgen von 120 bis 150 Euro Festgeld und 100% Weihnachtsgeld. In vielen Betrieben und Gliederungen an der Basis wurde weit mehr gefordert. Mit der Begründung einer „abschlussorientierten Forderung“ hat der ver.di-Vorstand in der Großen Tarifkommission die Forderungen aus den Bezirken mehr als halbiert und die „3 plus x“ durchgesetzt.

Diese Argumentation zur Senkung der Tarifforderungen ist nicht neu. Bereits in der Tarifrunde 2000 wurden die Forderungen aus den Gliederungen und ÖTV-Bezirken mit der Begründung einer „ergebnisnahen Forderung“ auf die offizielle Forderung „Gesamtvolumen 5%“ heruntergedrückt. Am Ende kam dabei noch nicht mal die Hälfte raus. Überhaupt, was heißt hier realistisches Ergebnis? Im Sommer 2001 ist die Pilotenvereinigung Cockpit mit einer Forderung von 35% in die Tarifauseinandersetzung gegangen. Die Lufthansa-Chefs sahen sich allein unter dem Druck dieser Forderung und einer Streikandrohung gezwungen ein Angebot von 10,8% zu machen. Durch



Hier sind fünf Finger.
Einzel sind sie nichts.
Aber wenn ich sie zu einer
Einheit zusammenschließe,
sind sie eine Waffe,
schrecklich anzusehen!

Streik wurden fast 30% erreicht. Das war eine schallende Ohrfeige für den zuvor von der ÖTV-Führung ausgehandelten „realistischen“ miserablen Abschluss beim Bodenpersonal.

Der Druck des Pilotenstreiks von 2001 hat offensichtlich dazu geführt, dass ver.di gleichzeitig mit der 3%-Forderung für den öffentlichen Dienst eine 9%-Forderung für die Lufthansa-Beschäftigten beschloss. Cockpit hat letztes Jahr vorgemacht: wer kämpft kann was erreichen.

Wenn das für eine Organisation von 4.200 Mitgliedern gilt, was kann dann erst eine Gewerkschaft erreichen, die 1,5 Millionen Mitglieder im öffentlichen Dienst und insgesamt fast 3 Millionen Mitglieder organisiert und eine mit 500 Millionen Euro gefüllte Streikkasse hat? 1974 hat die ÖTV für den öffentlichen Dienst 15% plus 300 Mark Urlaubsgeld gefordert. Bereits nach 3 Tagen Streik waren 11% erreicht. Das Weihnachtsgeld wurde bereits einige Monate zuvor durch Druck der Basis und wilde Streiks von 67 auf 100% erhöht. In Großbritannien sind die Feuerwehrleute für eine Lohnforderung von 40% in den Streik getreten.

3% plus x ist nix

„Seit zehn Jahren bringen die Arbeitgeber bei jeder Lohnrunde im öffentlichen Dienst ihre Forderung nach einer Nullrunde ins Spiel. Dabei liegt bereits seit 1990 die durchschnittliche Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst unter der in der Gesamtwirtschaft. Der Unterschied beträgt schon jetzt mehr als sechs Prozent“ (Frank Bsirske in einem Interview mit der Berliner Zeitung am 13.11.2002)

Offensichtlich ist die ver.di-Führung aber nicht bereit daraus die richtige Konsequenz zu ziehen. Denn eine 3 vor dem Komma bedeutet, dass die Reallohnverluste der Vergangenheit und der Abstand zur Privatwirtschaft nicht aufgeholt werden und dass der Reallohnabbau weitergeht.

Mit dem Realismus-Argument will uns die ver.di-Führung letztlich auf die Arbeitgeberposition der leeren Kassen einschwören. Bsirske behauptet, die Forderung müsse auch das Ergebnis sein.



Die MetallerInnen waren bereit für die volle Durchsetzung der 6,5 % zu streiken .Die IGM- Führung brach den Streik ab. Am Ende stand nur eine 3 vor dem Komma. Der Unmut der KollegInnen über diesen faulen Kompromiss drückte sich im Ergebnis der Urabstimmung aus. Nur eine knappe Mehrheit von 56.53 % stimmte für den Abschluss. In manchen Großbetrieben lag die Zustimmung unter 40 %.

Was soll dann der Appell an die Arbeitgeber ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen? Was gibt es da zu verhandeln? Warum sagt die ver.di-Führung nicht klipp und klar, wenn ihr uns nicht mindestens eine 3% gebt, streiken wir. Warum hat die ver.di-Führung kurz vor der Tarifrunde ein neues Schlichtungsabkommen vereinbart? Was gibt es zu schlichten, wenn die 3 vor dem Komma erkämpft werden soll? Hat die ver.di-Führung im Kopf, dass es vielleicht wie in anderen Branchen in diesem Jahr eine 3 vor dem Komma gibt, vorher aber einige Nullmonate?

Alle negativen Rituale werden also weiter betrieben. Der 3%-Beschluss hat eine demotivierende Wirkung auf die ver.di-Basis. Bund.,Länder und Gemeinden fühlen sich durch die niedrige Forderung ermutigt noch dreister aufzutreten. Kaum war die Forderung beschlossen rückten sie mit ihren Angriffsplänen auf die Beamten raus und drohten mit betriebsbedingten Kündigungen. Obendrauf verkündete die Bundesregierung das Einfrieren der Budgets für die Krankenhäuser. Das heißt es gibt kein Geld für die Finanzierung von Lohnerhöhungen für die Krankenhausbeschäftigten geschweige denn für dringend benötigte Neueinstellungen.

Das ist knallharte Erpressung oder Arbeitgeber-Art, sich von alten Tarifrivalen zu verabschieden. Obwohl die ver.di-Basis am härtesten von diesen Angriffen betroffen ist, war es nicht die Gewerkschaft, die sofort dagegen mobilisierte, sondern Krankenhausgesellschaft und Ärzte-Verbände riefen am 12.11. zur ersten Demo gegen die wiedergewählte Schröder-Regierung in Berlin auf. Bsirske erklärte sogar seine Zustimmung zu den arbeitnehmer- und patientenfeindlichen ersten Sparplänen der rot-grünen Regierung im Gesundheitsbereich nach der Wahl. Die Beteiligung der ver.di-Spitze an der Hartz-Attacke und die damit verbundene Unterstützung für die neoliberale Politik von Sozialabbau, Deregulierung, Billigjobs und Leiharbeit zeigen besonders deutlich, wie weit die Gewerkschaftsführung entfernt davon ist, Mitgliederinteressen zu vertreten.

Die Basis muss sich deshalb aktiv in die Tarifrunde und in die Gewerkschaftspolitik einschalten und dafür sorgen, dass die volle Kampfkraft bis hin zu einem bundesweiten Vollstreik im öffentlichen Dienst eingesetzt wird. Und wenn wir streiken, können wir auch eine echte Realloohnerhöhung erreichen und dürfen uns nicht mit 3% +/- abspeisen lassen. Die Streikenden selbst sollten dann das Streikziel neu entscheiden und die von oben verordnete 3%-Grenze über den Haufen werfen. Denn 3% bedeuten weitere Reallohnverluste.

Für innergewerkschaftliche Demokratie

Die Erfahrungen der vergangenen Tarifrunden und die Position der ver.di-Führung im Vorfeld der Tarifrunde im öffentlichen Dienst 2002 zeigt, dass der Kampf für die Verteidigung unserer erkämpften Standards und für höhere Löhne untrennbar mit dem Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie verbunden werden ist. Wir dürfen nicht zulassen, dass Spitzenfunktionäre, die gehaltsmäßig den Arbeitgebervertretern näher stehen als uns, über unsere Köpfe hinweg lausige Tarifverträge abschließen. Die Tarifbewegung gehört von der Aufstellung der Forderung bis zum Abschluss in die Hände der Mitgliedschaft.

Wir fordern:

- Demokratische Diskussion und Entscheidung über die Forderungen
- Volle Durchsetzung der demokratisch beschlossenen Forderungen
- Gläserne Tarifverhandlungen. Die Mitglieder müssen zu jedem Zeitpunkt wissen, was läuft.
- Kein Abschluss ohne vorherige mehrheitliche Zustimmung durch die Mitgliedschaft
- Weg mit den 100 Punkten. Keine Kompensationsgeschäfte in irgendeinem dieser Punkte
- Stop aller Verhandlungen über Einführung von Spartentarifverträgen, Rücknahme des Spartentarifvertrags ÖPNV in NRW und Wiedereingliederung der Kolleginnen in den Geltungsbereich des BAT/BMT-G
- Ausstieg aus dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ und der Hartz-Kommission
- Wählbarkeit aller Gewerkschaftsfunktionäre, Begrenzung der Einkommen von hauptamtlichen Funktionären auf das Durchschnittseinkommen der Branchen, die ver.di vertritt

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Seit dem Sommer 1996 gibt es ein Netzwerk von kritischen aktiven KollegInnen in der ÖTV, jetzt in ver.di. Wir sind der Meinung, dass konsequenter Widerstand gegen die Angriffe der Unternehmer und ihrer Regierungen organisiert werden muss. Wir setzen auf Gegenwehr anstatt auf Co-Management. Wir wollen eine Alternative zur gegenwärtigen Politik der Gewerkschaftsführung aufzeigen, Druck auf die ver.di-Führung machen und selbst Initiativen zur Gegenwehr ergreifen. Wir fordern alle kritischen und kämpferischen KollegInnen auf, mit uns für eine Veränderung in ver.di zu kämpfen.

Infos und Kontakte:

Angela Münch, 0221/690 97 23, angelamuench@gmx.de

Alois Skrbina, 0201/27 99 210, AloisSkrbina@aol.com

Dieter Janßen, Tel. 0172/99 88 405

und netzwerk-verdi@gmx.de

In Kürze auch im Internet unter: www.netzwerk-verdi.de